

Fabian Fritz

Jugendarbeit und Demokratiebildung in non-profit »Community Owned Sports Clubs« des englischen Fußballs

Ein partizipatives Forschungsprojekt
mit Kindern, Jugendlichen und
Jugendarbeiter*innen

Sportfans im Blickpunkt sozialwissenschaftlicher Forschung

Herausgegeben von

Andreas Grau | Judith von der Heyde | Jochem Kotthaus |

Holger Schmidt | Martin Winands

Der Autor

Dr. phil. Fabian Fritz ist Erziehungs- und Bildungswissenschaftler (M.A.) sowie Trainer für Zivilcourage und Gewaltprävention. Seit 2023 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Siegen im Forschungsprojekt „Polizei als Partnerin der Heimerziehung? Die professionelle Gestaltung des Verhältnisses von Heimerziehung und Polizei als Erfahrungshorizont junger Menschen“. Davor war er seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Department Soziale Arbeit der HAW Hamburg. Zwischen 2008 und 2016 war er als Sozialpädagoge bei verschiedenen Trägern der Hamburger Jugendhilfe tätig. Zwischen 2016 und 2024 war er die pädagogische Leitung für das FC St. Pauli-Museum und damit für das Projekt „BAM!/Bildung am Millerntor“ zuständig, welches eines der Lernzentren des bundesweiten „Lernort Stadion e.V.“ ist.

Diese Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) wurde im Juni 2023 (gemäß der Promotionsordnung vom 11. Oktober 2014) an der Universität Hamburg, Fakultät für Erziehungswissenschaft, vorgelegt.

Die Arbeit wurde durch ein Promotionsstipendium und einen Druckkostenzuschuss der Hans-Böckler-Stiftung gefördert.
We acknowledge financial support from the Open Access Publication Fund of Universität Hamburg.

Hans **Böckler**
Stiftung 



Externes Lektorat: Dr.in Daniela Gasteiger und Ulrike Weingärtner, M.A.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz **Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0)** veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> Verwertung, die den Rahmen der **CC BY 4.0 Lizenz** überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe/Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-8358-3 Print
ISBN 978-3-7799-8359-0 E-Book (PDF)
ISBN 978-3-7799-8360-6 E-Book (ePub)
DOI 10.3262/978-3-7799-8359-0

1. Auflage 2024

© 2024 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel
Werderstraße 10, 69469 Weinheim, service@beltz.de
Einige Rechte vorbehalten

Herstellung: Myriam Frericks, xerif
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag
(ID 15985-2104-1001)
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor:innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Tabellenverzeichnis	11
Abbildungsverzeichnis	12
Abkürzungsverzeichnis	13
Vorwort	15
1 Einleitung	18
1.1 Demokratie(bildung) durch Community Ownership im englischen Profifußball	19
1.2 Forschungsfrage und Anlage der Studie	24
Teil A: Theoretische Rahmung und Forschungsstand	
2 Demokratie, Verein und Demokratiebildung: theoretische Rahmung	30
2.1 Zu den demokratietheoretischen Grundlagen	31
2.2 Zur Demokratiebildung und Krise des neoliberalen Kapitalismus	40
2.3 Zur Verortung von Demokratiebildung in Schule und Verein	47
2.4 Zur Operationalisierung von Partizipation und Demokratie im Verein	63
3 Forschungsstand zur Demokratiebildung in England: Viel Schule, wenig Sportverein	72
3.1 Demokratiebildung in England und ihre institutionelle Verortung	72
3.2 Demokratiebildung im Sportverein	87
4 Die COSCs und die Demokratisierung des kommerziellen Profifußballs	100
4.1 Zur Kommerzialisierung des Sports und ihren Folgen	100
4.2 „Community Owned Sports Clubs“ in England: Hintergründe und Empirie	109

5	Zwischenfazit: Demokratiebildung als selbsttätige Aneignung in den COSCs!?	127
---	--	-----

Teil B: Methodologische Vorbemerkungen und methodisches Vorgehen

6	Forschung zur Demokratiebildung als demokratisch-partizipatives Forschungsprojekt	134
6.1	Zu den methodologischen Vorüberlegungen	134
6.2	Zum methodischen Vorgehen	140
6.3	Zur Umsetzung des Forschungsprojektes	147

Teil C: Empirische Ergebnisse dieser Arbeit

7	Das Sample: COSCs und Verbände im Spiegel ihrer Dokumente	168
7.1	Verbände und Dachorganisationen der COSCs	168
7.2	Die Vereine	171
8	Befunde: Anspruch und Wirklichkeit von Demokratiebildung der COSCs	195
8.1	Kommerzialisierung als alte und neue Herausforderung	196
8.2	Die Vereinsprinzipien und ihre Bedeutung	205
8.3	Möglichkeiten demokratischer Erfahrung: Demokratietypen in den COSCs	229
8.4	Jugendarbeit und Demokratiebildung der COSCs: Zugänge und Praxis	239
8.5	Herausforderungen für Demokratiebildung in den COSCs	281
8.6	Potenziale für Demokratiebildung in den COSCs	318
8.7	Verdichtung: Idealtypen demokratischer Interaktion mit der Kommune	334
9	Argumentative Validierung der Befunde und Fortentwicklung	352
9.1	Zu den Thesen über die Herausforderungen und Potenziale	353
9.2	„Looking foward“: Bildungsprozesse im forschenden Diskurs	380

Teil D: Fazit & Schlussbetrachtungen

10 Einordnung der Ergebnisse und weiterführende Empfehlungen	386
10.1 Einordnung der Ergebnisse	386
10.2 Empfehlungen: Demokratie(bildung) ermöglichen	401
11 Abschluss	416
Literatur	421

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Jahr 2024 als Dissertation am Arbeitsbereich Sozialpädagogik der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg angenommen. Die Hans-Böckler-Stiftung ermöglichte mir das Projekt mit einem Promotionsstipendium und unterstützte es darüber hinaus mit einem Druckkostenzuschuss. Außerdem wurde die Veröffentlichung durch den Open-Access-Fonds der Universität Hamburg und der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg gefördert. An dieser Stelle herzlichen Dank dafür.

Auch wenn es seltsam klingen mag, aber ich habe, nachdem ich im Januar 2024 meine Dissertation verteidigt hatte, die Arbeit und ihren Inhalt völlig beiseitegeschoben und mich dem normalen Leben zugewendet. Im Februar erhielt ich jedoch einen Anruf, der mir etwas vor Augen führte, was mir während des Dissertationsprojektes bereits enorm viel bedeutet hatte und mir die Arbeit wieder völlig präsent werden ließ: Die von mir befragten Fans, Vereins- und Verbandsaktiven hatten die Forschung und die darin diskutierten Fragen auch zu ihren jeweils persönlichen Anliegen gemacht. Konkret hieß dies, dass sich ein Verantwortlicher aus einem Fußballverband bei mir meldete und sich erkundigte, wann die Ergebnisse für eine Handreichung des Verbandes zur Verfügung stehen würden. Die Begründung war, dass man die aufgeworfenen Fragen und die abgeleiteten Thesen weiter diskutieren wolle. Dies war nicht nur ein Hinweis darauf, dass die eingesetzte partizipative Forschungsmethode Wirkung gezeigt hatte, sondern es war nochmals Ausdruck dafür, wie großartig die Teilnehmer*innen der Forschung sind. Daher möchte ich mich herzlich bei allen von ihnen bedanken, auch wenn ich sie aus Gründen des Datenschutzes hier nicht namentlich nennen kann. Ohne sie wäre diese Forschung nicht möglich gewesen, deshalb: Danke für die Feldzugänge, die Einblicke in den Vereinsalltag und für alle Anekdoten, Einschätzungen sowie die Fußballfachsimpelei.

Ich bedanke mich weiterhin herzlich bei meinem Erstbetreuer Helmut Richter, mit dem ich die Idee und die Umsetzung dieser sozialpädagogischen Forschung stets angeregt diskutieren konnte. Besonders wertvoll waren für mich die konstruktiven Hinweise zum Vorgehen, aber auch die kritischen Anmerkungen zur Zählung des Umfangs. Ebenfalls danke ich Benedikt Sturzenhecker, meinem Zweitbetreuer und Erstgutachter, für seine fachlichen Hinweise, für die Organisation des sozialpädagogischen Kolloquiums und auch für die ermutigenden Gespräche in den Krisen. Dem Dritten im Bunde der Betreuenden bzw. Gutachtenden, Claus Krieger, möchte ich für den hilfreichen fachlichen Außenblick und die zahlreichen formalen Hinweise danken. Besonderem Dank soll an dieser Stelle Holger Schoneville zuteilwerden, der sich bereiterklärte, kurzfristig in die Prü-

fungskommission einzuspringen. Vor allem seine Hinweise während der Verteidigung der Arbeit lieferten zahlreiche neue Impulse.

Ich möchte mich herzlich bei allen Personen bedanken, die mich bei der Erstellung dieser Arbeit unterstützt haben. John England und Jim Brunt gilt mein Dank für die Übernachtungsmöglichkeiten vor Ort. Meinen ehemaligen und aktuellen Vorgesetzten Ulrike Voigtsberger, Zoë Clark und Sönke Goldbeck sowie meinen ehemaligen Arbeitskolleginnen Hanna Christian und Caroline Inhoffen danke ich für ihre Unterstützung, ihr Verständnis und die Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiten.

Ich danke den Mitgliedern des kooperativen Promotionskolloquiums „Sozialpädagogik, Partizipation und Bildung“ an der Universität Hamburg, des „Fördervereins Kommunale Sozialforschung Hamburg e.V.“, der „netzwerkAG-sozialearbeit“ in der „Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit“, dem „Netzwerk junge Wissenschaft der Sozialen Arbeit“ in der „Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft“, des Wissenschaftsnetzwerkes „Football Collective“ sowie der Redaktion der Zeitschrift „Widersprüche“ für ihren fachlichen Support. Außerdem danke ich meinen Freund*innen, Kolleg*innen, Mitstreiter*innen und Wegbegleiter*innen Friedemann Affolderbach, Rolf Ahlrichs, Ricarda Boltenbühler, Rosa Bracker, Christian Brandt, Christopher Burkett, Marlene-Anne Dettmann, Jassa Fröhlich, Markus Gerke, Mathias Gintzel, Birte Gohrbandt, Eva Grigori, Anna Heudorfer, Julia Hille, Peter Hosse, David Jaitner, Lisa Janotta, Tilman Kallenbach, Moana Kahrman, Anna Kämpf, Nils Klevermann, Jonas Kohlschmidt, Jochem Kotthaus, Franziska Lerch, Eva Maria Löffler, Tilman Lutz, Lennart Melbye, Yağmur Mengilli, Sinah Mielich, Florian Muhl, Lena-Maria Näggle, Marike Neumann, Lutz Peters, Nina Reip, Elisabeth Richter, Wibke Riekmann, Sarah Schirmer, Alexander Schmidt, Stephanie Schmidt, Moritz Schwerthelm, Inga Selent, Nora Sellner, Jördis Spengler, Vera Taube, Felipe Bertazzo Tobar, Timo Versemann, Laura-Aliki Vesper, Michael Wetzels, Clara Will, Arne Wohlfarth, Alexander Wohnig, Holger Ziegler und allen, die mir ebenfalls geholfen haben, für ihre strapazierfähige Geduld, für das Korrekturlesen, für die Süßigkeiten und, und, und ...

Ich danke außerdem meiner Familie für ihre Unterstützung, wobei ich meinem Bruder Jörg für die vielen Peer-Gespräche besonders dankbar bin.

Zum Schluss dieses Vorwortes möchte ich angesichts der aktuellen Lage der Demokratie und ihrer Bedrohung von Rechts all jenen (politisch) aktiven, stabilen und unermüdlichen Menschen, die ich während der Forschung treffen durfte, große Anerkennung aussprechen. Props gehen raus für eure schlagkräftigen Argumente gegen Nazis, für euer antifaschistisches Engagement, für eure Angebote an diskriminierungskritischer Bildungsarbeit und für all die Freiräume, die ihr geschaffen habt und die ihr jungen Menschen zur Verfügung stellt. Mit den Gedanken bei euch, möchte ich mit einem (leicht abgeänderten) Satz schließen, den ich gemeinsam mit Wegbegleiter*innen und Freund*innen in den letzten Mona-

ten auf zahlreichen Demonstrationen in Hamburg gerufen habe und der euren Spirit gut zusammenfasst:

Alle zusammen für die Demokratie und gegen den Faschismus!

PS: Kurz nach der Verteidigung meiner Dissertation im Januar 2023 bin ich an Long-COVID erkrankt, welches sich mittlerweile zur schweren neuroimmunologischen Erkrankung ME/CFS entwickelt hat. Ich bitte daher um Verständnis, falls sich trotz sorgfältiger Korrekturen Fehler eingeschlichen haben. Außerdem wird es mir wahrscheinlich nicht möglich sein, immer zeitnah auf Nachfragen oder Feedback zum vorliegenden Buch zu antworten.

1 Einleitung

„This is a football revolution!“ – so könnte man beim ersten Blick auf das von mir untersuchte Forschungsfeld denken. Ich werde mich in dieser Arbeit mit einem recht jungen Phänomen aus dem Bereich des beliebten Ballsports, korrekter dem englischen Profifußball, beschäftigen: den „Community Owned Sports Clubs“ (COSCs). Das sind Profivereine, die nicht als Privatunternehmen, sondern ehrenamtlich von Mitgliedern geführt werden. Dazu geben sie sich eine demokratische Satzung, arrangieren den Betrieb größtenteils ehrenamtlich und wollen den kommerziellen Fußball in der Tat revolutionieren¹ (O'Neill 2017; Kuhn 2019). Die meisten dieser Clubs haben zahlreiche Kinder und Jugendliche als Fans und Mitglieder, nehmen mit ihren Angeboten aber auch externe junge Menschen in den Blick. In meiner Masterthesis habe ich 2014 die Kinder- und Jugendarbeit eines solchen Vereins, des „FC United of Manchester“ (FCUM), untersucht, bin am Ball geblieben und habe den Club bei seinen Aktivitäten noch länger begleitet (Fritz 2019). Vor dem Hintergrund der Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für junge Menschen verfügen diese Clubs theoretisch über das Potenzial zur Demokratiebildung im Sportverein (Richter, H. et al. 2016; Sturzenhecker 2021)². Das konnte ich bereits für den FCUM nachvollziehen, wobei ich aber auch die Grenzen dieses Potenzials aufzeigte (Fritz 2019: 20 f.). Somit warf die damalige explorative Arbeit zahlreiche neue Fragen über diese spezifischen Clubs und ihre Kinder- und Jugendarbeit auf. Mit der vorliegenden Studie werde ich das Spielfeld noch einmal betreten und die Clubs in einem deutlich breiter gesteckten Rahmen in den Blick nehmen. Dafür liefere ich im Folgenden eine Begründung (Kap. 1.1) und erläutere dann meine Forschungsfragen und das Vorgehen zu ihrer Beantwortung (Kap. 1.2).

1 Das journalistische Buch von O'Neill ist hier nur ein Beispiel für die Verwendung von „Revolution“. Die Nutzung des Begriffs ist wiederkehrend zu beobachten, angefangen bei der Selbstdarstellung der COSCs (bspw. auf der Homepage von Lewes FC: <https://lewesfc.com/our-supporters/>, zuletzt aufgerufen am 2.9.2024) über die mediale Berichterstattung bis hin zu wissenschaftlichen Abhandlungen.

2 In dieser Arbeit werden zur Unterscheidung von Personen mit gleichem Nachnamen in den Verweisen die abgekürzten Vornamen mit angeführt. Bei gleichem Nachnamen und gleichem Anfangsbuchstaben des Vornamens wird der Vorname ausgeschrieben.

1.1 Demokratie(bildung) durch Community Ownership im englischen Profifußball

„Sport has the power to change the world. It has the power to inspire. It has the power to unite people in a way that little else does. It speaks to youth in a language they understand. Sport can create hope where once there was only despair. It is more powerful than government in breaking down racial barriers. It laughs in the face of all types of discrimination. [...] [Athletes] are valiant not only in the playing field, but also in the community, both local and international.“ (Mandela 2000: o. S.)

Dieser Ausschnitt aus einer Rede des südafrikanischen Freiheitskämpfers und späteren Präsidenten dieses Landes Nelson Mandela prangt auf einem T-Shirt, das man im Fanshop des FCUM erwerben konnte.³ Es mag zunächst aus dem Rahmen der Kleidungsstücke fallen, die man üblicherweise bei einem Fußballverein verkauft, ergibt jedoch vor dem Hintergrund der Entstehung des Vereins Sinn. Der FCUM ist ein COSC und steht als bekanntestes Beispiel dieser Vereinsform oft stellvertretend für die demokratischen Mitgliedervereine. Auffällig ist, dass man sich bei diesem seit den frühen 2000er-Jahren etablierten Modell immer wieder auf das deutsche Sport- bzw. Fußballvereinswesen mit seinen demokratischen Vereinen und seiner 50+1-Regel⁴ als Vorbild bezieht (SDE 2012). Es kann der Eindruck entstehen, dass das deutsche Modell teilweise für England⁵ kopiert wird. Und auch die deutschsprachige Sozialwissenschaft greift diese Vereine immer wieder auf (bspw. zuletzt Brandt/Kurscheidt 2022). Somit besteht eine Art Verbindung zum deutschen Vereinswesen, die vor allem mit den Charakteristika der COSCs zu tun hat. Die Etablierung dieser Vereine geht mit zweierlei einher: 1. der Demokratisierung von Clubs in einem Umfeld aus

3 Das T-Shirt ist seit 2024 nicht mehr erhältlich. Das Zitat war bis „... racial barriers.“ abgedruckt.

4 In Deutschland begrenzt der DFB für den Fußball über die 50+1-Regel die Übernahme von Stimmmehrheiten durch Kapitalanleger*innen in den ausgelagerten Abteilungen. Bauers et al. schätzen diese Regel wie folgt ein: „The rule preserves the democratic participation of club members in the general meeting of the Verein [Anm. Verf.: Die Autor*innen nutzen durchgehend das deutsche Wort im englischen Text]“ (Bauers et al. 2020: 276).

5 Im Rahmen der Devolution werden in der britischen Politik und Verfassungsorganisation politische Kompetenzen von den Houses of Parliament an gewählte Vertretungen in Schottland, Nordirland und Wales abgegeben. England besitzt kein eigenes Landesteilparlament, gilt aber im Zentralstaat Großbritannien als einflussreichstes Land. Auch das Rechts- und Bildungswesen ist dezentralisiert und in England, Wales, Nordirland und Schottland unterschiedlich organisiert. Es kann also von England als einem eigenen Land mit eigener Rechtsprechung und eigenem Bildungssystem ausgegangen werden. Die vorliegende Arbeit schaut nur auf England. Jedoch wurde nicht zuletzt bei der Sichtung der relevanten wissenschaftlichen Beiträge deutlich, dass britische Studien nicht immer zwischen den Ländern differenzieren, und zum anderen kommt erschwerend hinzu, dass einige Arbeiten Großbritannien und England synonym verwenden. Das wird in dieser Untersuchung vermieden; bei Unklarheiten wird in einer Fußnote darauf verwiesen.

Vereinen in Privatbesitz; 2. der Etablierung umfangreicher Angebote für Kinder und Jugendliche in diesen Clubs und vor allem um sie herum. Beide Phänome lassen sich auch im deutschen Vereinswesen finden. In England sind sie mit dem Ziel verbunden, (soziale) Veränderungen im Fußball anzustoßen (SD 2010).

Wenn es nun darum geht, die Welt zum Positiven zu verändern, hat Mandela dem Sport schon vor über 20 Jahren mehr Wirkmacht zugemessen als den staatlichen Regierungen. Sport könne Rassismus reduzieren, er spreche die Sprache der Jugend und biete den Verzweifelten Hoffnung. Mandela referiert dabei implizit auf die Ideen von Egalität und Solidarität – zwei wichtige Grundpfeiler der Demokratie. Dabei gelangt er über den Sport zur „Community“ und bezieht damit einen Begriff des Sozialen ein, den er zwischen den Sphären des Lokalen und Internationalen ausbreitet und damit kommunal und global rahmt. Sport sei dabei nicht nur auf dem Spielfeld anzutreffen, sondern trete als eine maßgebliche soziale Ebene zwischen lokaler Kommune und Weltgesellschaft hervor.

Die Auffassung, *dass* Sport etwas verändern kann, teilen angesichts ihres T-Shirts, aber vor allem ihres Vereinsmodells offensichtlich auch die Akteur*innen des kleinen in Manchester ansässigen Siebtligisten. Jedoch wollen die „Mancunians“⁶ mit ihrem Verein nicht (nur) die Welt verändern, sondern in erster Linie den Sport selbst, konkret den kommerzialisierten, professionellen Fußball mit seinen Kapitalunternehmen, denn diesen hatte Mandela bei seiner Rede gewiss nicht im Sinn. Der FCUM wurde von über den Vereinsverkauf enttäuschten Fans des „Manchester United FC“ (MUFC), die zudem die Eintrittspreise nicht mehr zahlen konnten, gegründet. Damit ist die Entscheidung für den FCUM oder für den MUFC *auch* eine weltanschauliche, die sich zugespitzt zwischen Demokratie und Kapitalismus aufspannt und bereits auf eine typische Entstehungsgeschichte dieser Vereine verweist.

Die Wahl des Spruchs auf dem T-Shirt des FCUM ist keineswegs zufällig und bietet einen komprimierten Eindruck der Weltanschauung, mit der die Mitglieder des FCUM auf den Sport und die Gesellschaft blicken. Der von Mandela entlehnte Blick ist ein kritischer. Aufkämpferische und charismatische Art und Weise unterstreicht der Politiker in der Rede, der das auf dem T-Shirt abgedruckte Zitat entnommen ist, welche Potenziale der Sport mit seinem Fairplay-Gedanken und seiner verbindenden Wirkung für das gesellschaftliche Zusammenleben mit sich bringt. Mandela zeichnet darin das Bild einer besseren Welt, für die es seiner Meinung nach zu kämpfen gilt (Mandela 2000).

Der von Mandela diagnostizierte Veränderungsbedarf scheint heute weiterhin gegeben. Die Geschichte ist durch den Siegeslauf des marktwirtschaftlichen Kapitalismus und der liberalen Elitendemokratie nicht zu einem befriedeten Ende gekommen, wie Francis Fukuyama noch vor rund 30 Jahren behauptete. Viel-

6 Selbstbezeichnung für Menschen aus Manchester.

mehr musste Fukuyama selbst vor dem Hintergrund der seitherigen Entwicklungen dieses Ende zunächst verschieben (Fasting/Fukuyama 2021). Die Gesellschaften in Europa und weltweit gelten heute vielmehr als gespalten – sowohl politisch als auch ökonomisch⁷ (bspw. Negt/Morgenroth 2017). Und auch die von Mandela angesprochenen Phänomene Rassismus und Diskriminierung haben sich nicht erledigt und werden durch die krisenbedingten Ungleichheiten eher verschärft (bspw. Zick/Küpper 2021). Schon länger wird aufgrund seit Jahren anhaltender Krisen des Kapitalismus und der Staatsdemokratien intensiver nach Alternativen und Utopien jenseits aktueller Wirtschafts- und Regierungssysteme gesucht (bspw. die Beiträge in Görge/Wendt 2020). Die COSCs sind eine lokale, sehr konkrete Antwort des englischen Fußballs darauf und gehen mit einer Politisierung ihrer Fans einher, die mit diesem Modell eine Demokratisierung ihres Sports und die Zähmung des ungezügelten Kapitalismus im Fußballbereich verbinden (Kennedy 2012: 411). Es geht bei den COSCs auch um eine Frage, die die Menschheit im Zuge sich verschärfender Krisen des kapitalistischen Wirtschaftens vermehrt beschäftigt: die Kollektivierung von Privatbesitz. So lässt sich vermuten, dass die Mitglieder der COSCs für die von Mandela diagnostizierte weltverbessernde Wirksamkeit des Sports, konkretisiert anhand der Organisationsform des *demokratischen Vereins*, einen Ort schaffen wollen.

Hinter der von Mandela angesprochenen und vom FCUM auf das Shirt gedruckten Metapher vom Sport als Sprecher einer Sprache der Jugend lässt sich vermuten, dass Mandela die oft unterstellte Politik(er)verdrossenheit *junger* Menschen im Sinn hat⁸ und im Sport, folgt man seiner Gegenüberstellung, die Möglichkeit einer Teilhabe bzw. -nahme an Gesellschaft jenseits der etablierten Politik und Staatsdemokratie sieht. Dies lässt sich auf den EU-Jugendbericht von 2015 beziehen, der zu dem Schluss kommt, dass junge Menschen „nicht so häufig an Wahlen teil[nehmen] wie die älteren Generationen“, sich aber „im Rahmen neuer Formen politischer Teilhabe“ (EK 2015: 3 f.), z. B. auch mit Bezug zum Sport, engagieren würden. Der aktuelle Bericht attestiert eine Wende und legt nahe, dass junge Menschen vermehrt an Wahlen teilnehmen und „mit der Funktionsweise der Demokratie auf nationaler und europäischer Ebene eher zufrieden [sind] als ältere Erwachsene“ (EK 2021: 3). Während der Bericht von 2015 den Sport noch explizit als jugendpolitischen Bereich erwähnt (EK 2015: 12), sieht der aktuelle Bericht ihn

7 Dass sich Menschen den Besuch von Spielen ihres Fußballvereins nicht mehr leisten können, ist dabei sicherlich nur ein randständiges, jedoch für die Betroffenen gewichtiges Symptom.

8 Sturzenhecker (2013a: 48 ff.) merkt in seinen Ausführungen zum Begriff der Demokratie und Postdemokratie nach Alain Badiou und Jacques Rancière kritisch an, dass Kindern und Jugendlichen, auch durch die Sozialpädagogik, oftmals die Sprachmächtigkeit und Demokratiefähigkeit abgesprochen werde. Was sie äußerten, werde häufig als Lärm wahrgenommen, da sie die Sprache der „POLIZEI“ nicht sprächen. Dem folgend wäre Mandelas Aussage kritisch daraufhin zu hinterfragen, inwieweit hier ein Unvernehmen nach Badiou und Rancière reproduziert wird.

lediglich als Mittel für eine gesunde Lebensweise an (EK 2021: 15). Dieser Unterschied in den Berichten offenbart eine politische Funktionalisierung des Sports, denn man kann, mit den aufgerufenen Metaphern gesprochen, vermuten, dass der Sport so lange interessant war, bis sich die Jugend gegenüber der etablierten Politik sprachmächtiger gemacht hatte, bspw. durch „Fridays for Future“. Eine solche Sichtweise ist eine verpasste Chance, mit dem Sport, konkret mit dem Verein, eine wichtige Instanz politik- und demokratiebezogener Bildung für junge Menschen im Blick zu behalten. Immerhin ist der Sportverein der beliebteste Vereinstyp unter jungen Menschen (für D und UK bspw. DOSB 2018: 3; YEUK 2019: 28).

Dass Sportvereine als politik- und demokratiebezogene Räume für junge Menschen nicht (wieder)⁹ zu vernachlässigen sind, ist wissenschaftlich schon länger anerkannt. Mit der Idee, dass es im Sportverein auf Basis von Kinder- und Jugendarbeit um mehr als die reine Sachorientierung auf das Sporttreiben gehen *kann*, ist die Einsicht verbunden, dass Sportvereine als „Schulen der Demokratie“ hervortreten *können*. Dieser von den Vereinen und Sportverbänden weltweit immer wieder selbst formulierte Anspruch (bspw. DFB 2013; OAS 2013) wird auch wissenschaftlich regelmäßig aufgegriffen und untersucht (Moysen/Parry 1997; bspw. Rittner/Breuer 2004; Jaitner 2017; Ahlrichs/Fritz 2020; Derecik/Menze 2021). Es verwundert daher nicht, dass Sportvereine mit politischer Bildung und Demokratiebildung in Verbindung gebracht werden. In ihrem sozialpädagogischen Beitrag unterstreichen Helmut Richter, Benedikt Sturzenhecker und Stephan Maykus die theoretischen Potenziale dieser Vereine für die Demokratiebildung im Sinne eines Erfahrungslernens *in* demokratischen Vereinsstrukturen, merken aber aus sozialpädagogischer Sicht eklatante Forschungslücken an. Gleichzeitig weisen die Autoren darauf hin, dass die Sportvereine heute verschiedenen Einflussgrößen unterliegen, die den Potenzialen zur Demokratiebildung abträglich sind (Richter, H. et al. 2016: 606 f.). Auch in anderen Beiträgen werden neben der Familiarisierung und Verschulung vor allem die Verbetrieblung der Vereine und damit auch ihrer Jugendarbeit als für die Vereinsdemokratie problematisch herausgearbeitet (Richter, H./Sturzenhecker 2011; Riekman 2011; Ahlrichs 2019)¹⁰. Obwohl die Verbetrieblung sich immer weiter durchsetzt,

9 So wie dies, wie dargelegt, der aktuelle EU-Jugendbericht tut. Nicht nur hier drängt sich die Vermutung auf, dass mit der Zunahme des Interesses von jungen Menschen an formaler Politik und der wachsenden Zustimmung zur Staatsdemokratie der Sport wieder aus dem Blick gerät. Die Fachstelle Politische Bildung organisierte 2020 ein Panel, aus dem ich die These abgeleitet habe, dass der Sport in Bezug auf Politik, Demokratie, politische Bildung und Demokratiebildung viel zu häufig als „Feuerwehr“ angesehen und somit funktionalisiert wurde und wird. Mit dem Aufkommen von „Fridays for Future“ etc. schien an vielen Stellen das Interesse am Sport(verein) als Ort politischer Bildung und Demokratiebildung wieder zu sinken.

10 Diese Arbeit knüpft maßgeblich an die Studien von Wibke Riekman und Rolf Ahlrichs an und zieht deren Ergebnisse zur (kritischen) Weiterentwicklung heran. In diesem Zuge möchte ich

gibt es zu ihrem Einfluss auf die sozialpädagogische Demokratiebildung in den Vereinen und Verbänden im Allgemeinen bis heute kaum (Richter, H. / Sturzenhecker 2011) und hinsichtlich der Sportvereine im Besonderen keine (Richter, H. et al. 2016) umfassende(n) und systematisierte(n) empirische(n) Studie(n)¹¹. Aus Sicht der kritischen Sportvereinspraxis geraten jedoch vor allem Vereine des Profi- bzw. Berufssports immer weiter in ein Spannungsfeld zwischen der ihnen zugeschriebenen sozialen Funktion und den ökonomischen Zwängen der Verbetrieblichung durch Kommerzialisierung. Sie können daher ihre gesellschaftlichen Potenziale nicht ausschöpfen, wie der europaweit agierende Interessenverband aktiver fan- und mitgliederverwalteter Sportvereine „Supporters Direct Europe“ (SDE) bereits 2012 feststellt: „Many football clubs in Europe are in financial turmoil, the game suffers from the effects of poor governance at club and national levels [...] [and] the potential to deliver social and economic benefits from the game is not being realized“ (SDE 2012: 1). Auch heute scheint diese Herausforderung nicht gebannt. Um das Problem auf Ebene des Profi- bzw. Berufssports zu lösen, schlägt die „Football Supporters’ Association“ (FSA) vor, den Privatbesitz an Sportvereinen zu überwinden und das Modell des Mitgliedervereins zu nutzen (FSA 2020). Kurz gesagt: Es wird angeregt, Profivereine in breitem Umfang in COSCs umzuwandeln, um den dargelegten Problematiken begegnen zu können. Knapp 50 Vereine in Großbritannien sind diesem Impuls bisher gefolgt, und ihre Zahl steigt stetig (ebd.).

Damit sind die COSCs in Anbetracht der hier komprimiert aufgeworfenen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen für die Demokratie und die Sportvereine an einer äußerst interessanten Schnittstelle zu verorten, denn sie wollen den englischen Profifußball politisieren und ihn demokratisieren. Außerdem kritisieren sie seine Kommerzialisierung und versuchen eine Alternative aufzuzeigen. Dabei gehen sie jedoch nicht unmittelbar agitierend vor, sondern bieten mit ihren demokratischen Strukturen, in denen politische Diskurse ermöglicht werden können, auch einen potenziellen Ort des demokratischen Erfahrungslernens. Daher vertrete ich die These, dass die COSCs als konkrete Orte für Demokratiebildung hervortreten *können* und, wenn sie das tun, dabei in England eine genuine Rolle übernehmen. Der positive Bezug des Modells, wie hier am Beispiel Mandelas vermittelt, auf Solidarität und Egalität legt außerdem nahe, dass sich dabei auf Prinzipien gestützt wird, die das Gelingen von Demokratiebildung absichern *können*. Damit sind die COSCs für die Sozialpädagogik relevant. Vor dem Hintergrund der angesprochenen Lücke an empirischen Untersuchungen zur Verbe-

mich herzlich bei Rolf Ahlrichs für die zahlreichen kritischen Debatten und die Ratschläge für die Umsetzung der vorliegenden Studie bedanken.

11 Riekman (2011) und Ahlrichs (2019) greifen die Sportvereine in ihren Studien zur Demokratiebildung zwar als *einen* unter mehreren Vereinstypen auf, schauen jedoch nicht gesondert auf diese Vereine.

trieblichkeit als Problem für die Demokratiebildung im Verein allgemein (Richter, H. /Sturzenhecker 2011) und im Sportverein im Konkreten (Richter, H. et al. 2016) sind diese englischen Vereine von großem Interesse, denn sie nehmen sich dieser Probleme aktiv an und wollen Sport und Gesellschaft mittels des Mitgliedervereins verändern. Die Frage, ob sie dabei selbst einen Anspruch auf Demokratiebildung verfolgen und wie sie diesen einlösen, wird nun in den Blick genommen. Was es dabei zu bedenken und zu fragen gilt, wird nachfolgend konkretisiert.

1.2 Forschungsfrage und Anlage der Studie

Diese Arbeit setzt an zwei bestehenden wissenschaftlichen Strängen an: 1. der „Hamburger Schule“¹² mit ihrem Fokus auf sozialpädagogische Demokratiebildung in deutschen Vereinen (Sturzenhecker 2019b), der jedoch bisher ein umfassender Blick auf Sportvereine fehlt (Richter, H. et al. 2016), und 2. an den Beiträgen zur demokratischen Ausgestaltung und zum non-kommerziellen Charakter der englischen COSCs (Porter 2019), denen bisher eine sozialpädagogische Perspektive fehlt. Das heißt, dass ein primär deutscher Diskurs mit einem englischen Forschungsgegenstand zusammengebracht wird. Im Mittelpunkt stehen dabei die für beide Stränge relevanten Kernfragen: Verfügen die COSCs über Potenziale zur sozialpädagogischen Demokratiebildung? Und falls ja: Nutzen sie diese?

Zur Beantwortung der Kernfragen kann nur teilweise auf bestehende wissenschaftliche Beiträge zurückgegriffen werden, denn spätestens dann, wenn es konkret um die COSCs geht, fehlen substanzielle empirische Daten. Daher kann eine Arbeit, die nach dem Demokratiebildungspotenzial dieser spezifischen englischen Vereine fragt, nur als empirischer Forschungsbeitrag angelegt sein.

Im Folgenden wird auf acht Vereine und drei Dachorganisationen geschaut und gemeinsam mit dort für die Kinder- und Jugendarbeit verantwortlichen Erwachsenen sowie den Kindern und Jugendlichen selbst diesen Fragen nachgegangen. Dabei stehen auch die Herausforderungen, vor allem durch die Kommerzia-

12 Die „Hamburger Schule“ ist primär am Arbeitsbereich Sozialpädagogik der Universität Hamburg verortet und basiert vor allem auf den von Helmut Richter (zum Überblick 2018) mit Rückbezug auf Habermas (deliberative Demokratie) und Dewey (Demokratie als Regierungs- und Lebensform) erarbeiteten Grundlagen einer Demokratiebildung im Verein bzw. Verband. Es soll geklärt werden, wie diese Institutionen demokratisch ausgestaltet sind und in welchem Umfang und in welcher Spezifik jungen Menschen im Rahmen der dortigen sozialpädagogischen Kinder- und Jugendarbeit demokratische Partizipation zugestanden wird. Die „Hamburger Schule“ der Demokratiebildung vertritt dabei die These, dass Demokratie im Verein durch demokratische Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen erlernt werden kann. Jedoch muss ihnen dabei der Status als Demokrat*innen immer schon zugestanden und es müssen passende Voraussetzungen geschaffen werden.

lisierung des Sports, im Fokus, die ggf. mit den Potenzialen zur Demokratiebildung kollidieren. Analog dazu wird aber auch herausgestellt, welche genuinen Potenziale die COSCs für Demokratiebildung bereithalten.

In **Teil A** dieser Arbeit wird in Kapitel 2 zunächst die demokratiethoretische Basis erläutert. Mit der deliberativen Demokratie nach Jürgen Habermas stelle ich die zentrale Theorie für das Forschungsvorhaben vor und grenze sie von der liberalen und republikanischen Demokratietheorie ab (Kap. 2.1). Anschließend wird das Spannungsfeld zwischen Demokratie und neoliberalen Kapitalismus genauer untersucht, wobei der Fokus auf der Kommerzialisierung liegt. Unter Rückbezug auf Habermas ist anschließend zu klären, wie eine Zählung des Kapitalismus zugunsten der Demokratie theoretisch möglich ist und welche Rolle Verein und Demokratiebildung dabei spielen (Kap. 2.2). Dabei werden die Notwendigkeiten für Demokratiebildung abgeleitet, wobei diese wieder gesellschaftstheoretisch mit Habermas und Dewey untermauert werden. Außerdem wird nach ihrer Verortung in den Bildungsinstitutionen Schule und Verein gefragt, beim Verein auch konkret nach der *sozialpädagogischen* Kinder- und Jugendarbeit (Kap. 2.3). Um der Arbeit eine analytische Basis zu geben, wird nachvollzogen, wie sich Demokratie im Verein operationalisieren lässt. Dabei richtet sich der Blick auch auf die Unterscheidung von Demokratie und Partizipation sowie die strukturelle als auch die weltanschauliche Ebene von Demokratiebildung (Kap. 2.4). Kapitel 3 schaut auf die durch wissenschaftliche Beiträge empirisch bestimmbare Lage rund um die COSCs. Dabei wird Demokratiebildung zunächst in deren Institutionen verortet und Vereine gezielter herausgestellt (Kap. 3.1). Anschließend wird konkret auf die entsprechende Forschung zu englischen Sportvereinen und zur Ausweitung des Referenzrahmens auch auf deutsche Forschungsergebnisse geblickt (Kap. 3.2). In Kapitel 4 kommen wissenschaftliche Beiträge zu Demokratie und Demokratiebildung in Bezug auf fan- bzw. mitgliedergeführte Vereine zur Sprache. Dazu werden zuerst die konkreten Herausforderungen für Demokratie durch die Entwicklung des Zuschauersports und der Kommerzialisierung des Fußballs mit seinen Vereinen nachvollzogen (Kap. 4.1). Auf dieser Basis ist es möglich, mit einem theoretisch und empirisch unterfütterten Blick auf die relevanten Beiträge zu den COSCs zu schauen. Dazu wird erst das Spezifikum des Modells vorgestellt und im Spiegel relevanter wissenschaftlicher Beiträge diskutiert, um dann nach der Bedeutung von Demokratie, Demokratiebildung sowie Kinder- und Jugendarbeit in diesen Vereinen zu fragen (Kap. 4.2). In einem Zwischenfazit (Kap. 5) erfolgt die Ableitung konkreter Forschungsfragen.

In **Teil B** wird diskutiert und aufgezeigt, wie die Erhebung die identifizierten Forschungslücken schließen kann. Dazu wird diese Arbeit in Kapitel 6 im Rahmen der methodologischen Vorüberlegungen zuerst in den Debatten um partizipative und genuin sozialpädagogische Forschung verortet, um die Methode der Wahl, die Handlungspausenforschung, vorzustellen (Kap. 6.1). Anschließend kann ich

das methodische Vorgehen entlang dieser genuin sozialpädagogischen Methode aufzeigen, wobei ich deutlich mache, inwieweit die Methode angepasst wurde. Kern der Erhebung sind Dokumentenanalysen und diskursive Interviews mit Gatekeepern¹³ in drei Verbänden und pädagogisch Verantwortlichen sowie Kindern und Jugendlichen in acht COSCs (Kap. 6.2). Darauf folgt die Erläuterung des konkreten Vorgehens, und es werden die Limitierungen der Studie verdeutlicht (Kap. 6.3).

In **Teil C** erfolgt in Kapitel 7 auf Basis der Dokumentenanalyse die Vorstellung der beforschten Verbände (Kap. 7.1) und Vereine (Kap. 7.2) mit ihrem Verhältnis zu Demokratiebildung. Kapitel 8 enthält die systematische Darlegung der Befunde aus den diskursiven Interviews, wobei die Effekte der Kommerzialisierung genauere Betrachtung finden. Dabei wird auch der Deutschland-England-Bezug der Vereine diskutiert (Kap. 8.1). Anschließend gehe ich der Frage nach, wie sich die Vereine weltanschaulich und bezüglich der Gewichtung von Demokratie verorten (Kap. 8.2). Danach wird entlang der Vereinsprinzipien konkreter auf die demokratische Ausgestaltung der Clubs geschaut (Kap. 8.3). Unter Rückbezug auf die theoretische Basis der Arbeit sind drei Demokratietypen in den Vereinen festzustellen (Kap. 8.4). Mit Blick auf Kinder- und Jugendarbeit können vier Zugänge für junge Menschen herausgestellt werden (Kap. 8.6), die in den zwei folgenden Abschnitten auf ihre Herausforderungen (Kap. 8.6) und Potenziale (Kap. 8.7) für Demokratiebildung untersucht werden. In einer Verdichtung wird auf Basis der erlangten Informationen über die Vereine eine Typenbildung abgeleitet, die die kommunale Verortung der Vereine mit ihren Demokratiebildungspotenzialen beinhaltet (Kap. 8.8).

Kapitel 9 zeichnet nach, wie ausgewählte Ergebnisse¹⁴ der Arbeit mit den Interviewten validiert wurden. Dazu erörtere bzw. diskutiere ich die herausgestellten zentralen Herausforderungen, aber auch Unklarheiten. Dabei ging es um die Altersvorbehalte bei der demokratischen Mitbestimmung gegenüber jungen Menschen, um ihren oftmals unklaren Mitgliedstatus sowie um die Frage der Professionalisierung und Verbetrieblichung der Vereine. Außerdem wurde der Aspekt der Familienanalogie diskutiert, eine Begrifflichkeit, die sich während der Forschung ergab (Kap. 9.1). Zur Validierung gehört auch, zu fragen, welche Bildungsprozesse die Beteiligten während der Forschung durchliefen (Kap. 9.2).

Teil D fasst die wesentlichen Ergebnisse in Kapitel 10 pointiert zusammen und gliedert sie in Kapitel 10.1 entlang der Forschungsfragen aus Kapitel 5. Anschließend spreche ich Empfehlungen aus, die an die Validierung anknüpfen und vor al-

13 Da in diesem konkreten Falle nur Männer interviewt wurden, wird hier nicht gegendert. Vor allem ab Kapitel 6 wird zwischen dem allgemeinen Begriff der Gatekeeper*innen und den konkreten Gatekeepern des Forschungsprojektes unterschieden.

14 Wegen der pandemiebedingten Lage konnten nicht alle Ergebnisse validiert werden (ausführl. Kap. 9).

Teil A: Theoretische Rahmung und Forschungsstand

2 Demokratie, Verein und Demokratiebildung: theoretische Rahmung

Um die These, dass die COSCs im Spannungsfeld der Kommerzialisierung das Potenzial zur Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche mit sich bringen, bearbeiten zu können, heißt es zunächst der Frage nach Demokratie und den entsprechenden Bildungsinstitutionen nachzugehen, um anschließend einen Zusammenhang herstellen und begründen zu können. Dazu bedarf es einer theoretischen Basis von Demokratie und einer Verortung demokratiebezogener Bildung, um daraus die Idee von Demokratiebildung abzuleiten.

Dies erscheint vor allem deshalb notwendig, da die demokratietheoretischen Debatten sich aus der „grundsätzliche[n] Offenheit des Konzepts Demokratie“ speisen, was dazu führt, dass „unterschiedliche[...] Verständnisse[...] davon, was Demokratie idealerweise ausmacht“ (Frick 2017: 23), vorhanden sind und sich z. T. gegenüberstehen.

Angesichts der Uneinigkeit darüber, was Demokratie ist, verwundert es, dass in zahlreichen empirischen Erhebungen demokratischer Einstellungsmuster den befragten Individuen immer zugesprochen wird, dass (ihnen) klar sei, was Demokratie ist. So legt die Auswertung der Methodik des deutschen Datenreports und des international vergleichenden Freedom House Index durch Jacobsen und Kroh ein Demokratieverständnis offen, das allein auf die *Regierungsform* abzielt. Einen Ausdruck findet dies in der bloßen Abfrage der Zustimmung zu den Prinzipien der Regierungsform, wie bspw. den Parlamentswahlen (Jacobsen/Kroh 2018: 234 f.). Ein ähnliches Vorgehen zeigt auch H. Richter bei den deutschen Jugendsurveys auf¹⁵ und fragt kritisch nach, warum davon ausgegangen werde, „dass alle auch ohne die Politologie und die politische Bildung schon wissen, was Demokratie ist, und dass diejenigen, die der Idee zustimmen, auch schon praktisch Demokraten *sind* [H. i. O.]“ (Richter, H. 2018: 233).

Wenn schon nicht immer klar ist, was Demokratie sein soll, dann wird auch die Frage danach, was Demokratiebildung ist, nicht so einfach zu beantworten sein. Ein Beispiel, wie man sich dieser Herausforderung stellen kann, liefert der 16. Kinder- und Jugendbericht (KuJB), der vorschlägt, dass man Demokratiebil-

15 Hier wird „anhand der Prinzipien der Demonstrations- und Meinungsfreiheit sowie des Oppositionsrechts“ (Richter, H. 2018: 233) und der Zustimmung dazu die Einstellung zur Demokratie abgefragt. Weitere demokratische Aspekte wie Beratungen, Diskurse usw. fehlen in der Erhebung.

derung und politische Bildung begrifflich nicht scharf voneinander trennen sollte (BMFSFJ 2020: 49). Diese potenzielle Ineinssetzung ist laut Ahlrichs et al. (2021: 426 ff.) mindestens schwierig, denn Politik sei nur in einem demokratischen Staat auch demokratische Politik und politische Bildung damit eben auch nur dann Bildung zur Demokratie, wenn sie in einem solchen Staat zu verorten sei. Ahlrichs et al. zufolge wäre im KuJB „Demokratie [...] nur als Faktum und damit als ein Wert postuliert, an dessen Stelle auch ein anderer Wert stehen könnte, wenn es denn ein anderes Faktum gibt“ (Ahlrichs et al. 2021: 426 f.). Die Autor*innen schließen daraus, dass Demokratiebildung, basierend auf einer radikalen Begründung von Demokratie und ihrer Verortung – dazu schlagen sie u. a. die kommunalen Vereine vor –, gesellschaftstheoretisch untermauert werden muss (ebd.).

Dieser Forderung schließe ich mich an und nehme sie zum Anlass, die diesem Forschungsprojekt zugrunde liegende *deliberative* Demokratietheorie in die Debatten rund um Demokratietheorien einzuordnen (Kap. 2.1), sie abzugrenzen (Kap. 2.1.1) und genauer vorzustellen (Kap. 2.1.2). Anschließend wird das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie erläutert (Kap. 2.2), um das Spannungsfeld, in dem sich die COSCs befinden, theoretisch fassen zu können. Dabei wird sowohl der Einfluss des Neoliberalismus als treibende Kraft für Demokratiedefizite in den Blick (Kap. 2.2.1) genommen als auch mit Habermas' Theorie der Kolonialisierung der Lebenswelt seine Wirkweise nachvollzogen (Kap. 2.2.2). Diese theoretische Unterfütterung erlaubt es, auf die zwei wesentlichen Bildungsinstitutionen zu schauen, die mit Bildung zur Demokratie in Verbindung gebracht werden (Kap. 2.3). Dabei werden die Limitierung der Schule bei der Demokratiebildung (Kap. 2.3.1) und die genuinen Demokratiebildungspotenziale des Vereins (Kap. 2.3.3) herausgestellt. Damit Letzteres gelingt, ist ein Einschub zur Unterscheidung von Jugendsozialarbeit und Sozialpädagogik nötig (Kap. 2.3.2). Auf dieser Basis lässt sich dann Demokratiebildung im Verein operationalisieren (Kap. 2.4). Dabei gilt es zwischen Demokratie und Partizipation zu unterscheiden (Kap. 2.4.1), um mit Rückgriff auf Kapitel 2.1 die Demokratietypen im Verein bestimmen zu können (Kap. 2.4.2). Zuletzt wird nach dem Verhältnis von Demokratiebildung und Weltanschauung gefragt (Kap. 2.4.3).

2.1 Zu den demokratiethoretischen Grundlagen

Demokratie setzt sich aus den griechischen Wörtern *demos* (Staatsvolk oder Vollbürgerschaft) und *kratia* (Herrschaft oder Machtausübung) zusammen. Sie lässt sich als Staatsform von der griechischen Antike bis in die Gegenwart verfolgen (Schmidt, M. G. 2008: 17). Buchstein weist in seinem Überblickswerk darauf hin, dass Demokratie „zu den ‚contested concepts‘ [H. i. O.], den ‚umkämpften Begrif-

fen“ (Buchstein 2016: 3) gehöre. Buchstein selbst unterscheidet die Demokratietheorien in vier grundlegende Typen¹⁶:

- „1. Historische Demokratietheorie: Rekonstruktion von Texten aus der politischen Ideengeschichte
2. Formale Demokratietheorie: Deduktive Theoriebildung
3. Empirische Demokratietheorie: Induktive Theoriebildung
4. Normative[/rekonstruktive]¹⁷ Demokratietheorie: Konstruktion und kritische Analyse von Begründungszusammenhängen“ (Buchstein 2016: 8)

Buchstein und Saage machen deutlich, dass sich die historischen, formalen und empirischen Ansätze vor allem mit vergangenen oder bestehenden politischen *Staatssystemen* beschäftigen und sich aus deren Ist-Zuständen speisen (Saage 2005: 30; Buchstein 2016: 11 ff.). Für die vorliegende Arbeit ist dies jedoch ein Ausschlusskriterium dieser Ansätze. Es geht hier weder darum, eine Staatsdemokratie in den Blick zu nehmen, noch scheint es angemessen, mit dem Wissen um die anhaltenden Krisen der Demokratie lediglich auf den Ist-Zustand zu blicken.

Es ist daher sinnvoll, auf den vierten Typ der Demokratietheorien zu blicken, nämlich auf die normativen bzw. rekonstruktiven. Der Kern solcher Ansätze lässt sich damit umschreiben, dass sie „Aussagen über positive Sollens-Zustände“ verschiedener demokratischer Systeme treffen und sie mit Ist-Zuständen abgleichen (Schmidt, M. G. 2008: 13). Somit lassen sich die normativen¹⁸ Ansätze zwischen politischer Utopie und zu verändernder Praxis ansiedeln. Sie wollen Alternativen benennen bzw. sichtbar machen, auch wenn ggf. zu erwarten ist, dass diese nicht (immer) vollumfänglich umgesetzt werden (Buchstein 2016: 27 f.). Als prominenter Vertreter normativer Theorien gilt der Philosoph Jürgen Habermas, der nicht nur Beiträge zur Krisenhaftigkeit und zu den Defiziten der Demokratie verfasst hat, sondern auch aufzeigt, *wie* Demokratie zu transformieren sei (Kreide 2014:

16 Saage weist darauf hin, dass dies zwar die gängigste, jedoch nicht die einzige Typologisierung von Demokratietheorien ist (Saage 2005: 30).

17 Habermas wendet ein, dass genau genommen nur die „klassischen Theorien [...] sich, weil ihre Ursprünge hinter die Verfassungsrevolutionen des späten 18. Jahrhunderts zurückreichen, als *normative* [Hervorhebung Verf.] Entwürfe für die Einrichtung von demokratischen Verfassungen verstehen“ (Habermas 2021: 475) ließen. Heutige Theorien hätten hingegen eine *rekonstruktive* Aufgabe, da durch die Verfassungsrevolutionen eine „positive[...] *Geltung* [H. i. O.] zwingender Verfassungsnormen“ (Habermas 2021: 475) vorauszusetzen sei. Daher wirft Habermas den normativen Theorien der liberalen und der republikanischen Demokratie Verzerrung vor, weil sie den Gedanken „der Gleichursprünglichkeit von individuell ausgeübten subjektiven Freiheiten und intersubjektiv ausgeübter Volkssouveränität [Anm. Verf.: der Verfassungsrevolutionen] verfehlen“ (Habermas 2021: 475).

18 Da die gesichtete Literatur zu den Demokratietheorien in gängiger Weise nur von „normativen“ und nicht von „rekonstruktiven“ Ansätzen spricht, wird die Verkürzung hier aus platzökonomischen Gründen übernommen.

267). Dabei gilt jedoch, so Kreide in direktem Bezug auf Habermas, dass „konsequenterweise [...] Phänomene wie Ausbeutung, Entfremdung, Ausgrenzung nicht in der Theorie, sondern nur in der Praxis überwunden werden“ (ebd.: 274). Dafür muss normative Theorie überzeugende Gründe des *Sollens* liefern und auch rechtfertigen (Buchstein 2016: 27), wodurch sie sich letztendlich von *idealistischen* Theorien unterscheidet (Kreide 2014: 274).

Eine der wesentlichen Debatten innerhalb der normativen Ansätze dreht sich um den Geltungsbereich des Demokratiebegriffs und um die Frage, ob sich „ausschließlich auf Institutionen des modernen Staates bezogen werden darf oder ob Demokratie in einem weiten Sinn als eine ‚Lebensform‘ verstanden werden muss und damit auch in andere Bereiche des alltäglichen Lebens [...] Eingang finden soll“ (Buchstein 2016: 30). Der Begriff der Lebensform geht auf John Dewey zurück, der Demokratie *auch* als Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens auffasst, die eben nicht auf Institutionen des Staates (Regierungsform) beschränkt ist (Dewey 1927/1991: 129).

Da es zahlreiche kleinteilige und ausdifferenzierte Debatten und Strömungen innerhalb der normativen Theorie gibt, ist eine vollständige und einheitliche Bearbeitung der Ansätze hier nicht möglich. Daher beziehe ich mich mit Blick auf den Verein als zu untersuchende pädagogische Institution auf einen aus den Grundlegungen von H. Richter (ausführl. 2018) entstandenen Vorschlag von Elisabeth Richter et al. (2016) und dessen Fortentwicklung durch Rolf Ahlrichs (2019). Dieser Vorschlag sieht vor, mit den theoretischen Instrumenten der liberalen Eliten- bzw. Expertendemokratie, der republikanischen Konsensdemokratie und der deliberativen Demokratie auf die Vereine zu schauen. Diese Demokratieformen werden nachfolgend erläutert.

2.1.1 Liberale und republikanische Demokratietheorie

Da die deliberative Demokratietheorie Anleihen bei der liberalen (a) und republikanischen (b) Theorietradition macht, werden knapp deren zentrale Inhalte erschlossen, um anschließend auf die deliberative Demokratie zu fokussieren.

2.1.1.1 Liberale Elitendemokratie

Die heutige liberale Demokratietheorie stellt zentrale Bezüge zur Auffassung von Thomas Hobbes her: Es brauche einen autoritären Staat als „souveränen autoritären Herrscher“ (Schmidt, M. G. 2008: 51), um den „Konflikt zwischen Privatinteressen und Gemeininteressen“ (ebd.) zu vermitteln und das Recht des*der Einzelnen zu schützen. Daran knüpfen Joseph Schumpeter (1943/2003) und Anthony Downs (1957) an. Sie verstehen Demokratie als einen Markt, auf dem die Elite aus Politiker*innen ähnlich Unternehmer*innen um die Wähler*innen

als Konsument*innen wirbt, um dann in deren Interesse zu agieren. Schumpeter beschreibt Demokratie als „[...] institutional arrangement for arriving at political decisions in which individuals acquire the power to decide¹⁹ by means of a competitive struggle for the people's vote“ (Schumpeter 1943/2003: 269). Für Schumpeter ist das politische Führungspersonal und dessen Wettbewerb um die entsprechenden Positionen zentral für Demokratie. Die stimmberechtigte Bevölkerung gibt nach seiner Theorie dabei ihre Stimme in Form von Wahlen im wahrsten Sinne des Wortes ab. Schumpeter schreibt dazu: „The voters outside of parliament must respect the division of labor between themselves and the politicians they elect. [...] once they have elected an individual, political action is his business and not theirs“ (ebd.: 295). Nach dieser Theorietradition wird für das Staatsvolk regiert, dessen Rechte hierbei negativ gerahmt werden, um den Willen des*der Einzelnen abzusichern und so vom Gemeinwesen zu separieren (Ottmann 2008: 106).

Downs baut die Theorie Schumpeters später vor allem hinsichtlich von Angebot und Nachfrage des demokratischen Marktes aus und rückt dabei den „seinen Eigennutzen maximierenden *homo oeconomicus-politicus* [H. i. O.]“ (Saage 2005: 256) ins Zentrum der liberalen Demokratietheorie. Die Wähler*innen gehen demnach „von ihren unmittelbaren und zukünftigen materiellen und ideellen Interessen aus“ (ebd.) und wählen zu ihrem *persönlichen* Vorteil.

Die wohl markanteste Veränderung, die Schumpeters und Downs' Theorie mit sich brachte, waren der Perspektivwechsel von der antiken Lesart der Demokratie als Forum zur Demokratie als Markt sowie die Abwertung der Wählerschaft (Schmidt, M. G. 2008: 195). Allerdings liefert vor allem Schumpeter nicht nur einen Theorierahmen. Saage macht auf Folgendes aufmerksam:

„Schumpeters Konzept der empirisch orientierten Konkurrenzdemokratie [hat sich] in seiner Wirkung keineswegs an das selbst gewählte Neutralitätsgebot gehalten. Vielmehr resultierten aus seinem hegemonialen Einfluß unübersehbar selbst Normen, die unter der Maske des empirischen Realismus eines reduzierten Demokratieverständnisses das Ziel verfolgten, die Partizipation des Volkes am politischen Willensbildungsprozess abzuwerten und die Elitenherrschaft zu legitimieren.“ (Saage 2005: 258)

Im Gegensatz dazu steht die republikanische Theorietradition, die die Partizipation des Staatsvolkes beziehungsweise *demos* zentral stellt.

19 Saage kritisiert, dass „power to decide“ in den deutschen Übertragungen mit „Entscheidungsbefugnis“ häufig zu schwach übersetzt wird (Saage 2005: 37).

2.1.1.2 Republikanische Konsensdemokratie

Laut Ottmann kontrastiere „[d]as Modell der republikanischen Demokratie [...] das, was der liberalen Demokratie fehlt: Solidarität, Teilhabe der Bürger am Gemeinwesen [...] [und] Wahlen, die nicht wie Marktentscheidungen ablaufen, sondern aus Diskursen hervorgehen“ (Ottmann 2008: 106). Somit rahmt dieses Modell die Rechte der Bürger*innen im Gegensatz zum liberalen Modell nicht negativ, sondern bestimmt sie positiv. Regiert wird *durch* das Staatsvolk (ebd.). Als wichtige Vordenker der republikanischen Theorie gelten Aristoteles und Jean-Jacques Rousseau. Die Qualität von Herrschaftsformen bemisst Aristoteles daran, inwieweit sie das Gemeinwohl aller freien Bürger²⁰ oder eben nur die Einzelinteressen bessergestellter Gruppen absichern können (Saage 2005: 61). An diese Idee des gleichen Rechts schließt später Rousseau an und vertritt eine Theorie der „Demokratie als Selbstbestimmung des Volkes“ (ebd.: 97). Dabei stellt er die „Legitimitätsfrage einer vergleichsweise guten Herrschaft“ ebenso „wie die Frage, wie denn die ‚gemeinsame Erhaltung‘ des Gemeinwesens und das ‚allgemeine Wohlergehen‘ sichergestellt werden könnten“ (Schmidt, M. G. 2008: 82). Seine Antwort ist ein Gesellschaftsvertrag, da er über diesen abgesichert sieht, dass „ein Mitglied eines Gemeinwesens nur solchen gesetzlichen Beschränkungen seiner Freiheit unterworfen werden [kann], deren vertraglichen Grundsätzen er zugestimmt hat“ (ebd.). Rousseau unterscheidet zur Untermauerung seiner Idee des freien Gesellschaftsvertrags den Gemeinwillen, Gesamtwillen und Sonderwillen. Nur der Gemeinwille „verkörpert den aufs Gesamtwohl gerichteten hypothetischen Volkswillen“ (ebd.: 85) und wird durch die Unterwerfung *aller* unter den Gesellschaftsvertrag hergestellt. Der Sonderwille ist hingegen der Wille jeder einzelnen Person und der Gesamtwille die Summe der Sonderwillen. Diese Unterscheidung korrespondiert, wenn auch nicht deckungsgleich, mit „der Unterscheidung von ‚citoyen‘ und ‚bourgeois‘. Der ‚citoyen‘ ist der tugendhafte Staatsbürger, im Unterschied zum ‚bourgeois‘, dem seinen Privatinteressen nachgehenden Besitzbürger“ (ebd.). Den Weg vom „bourgeois“ zum „citoyen“ bindet Rousseau in seinen Schriften zur Erziehung an die Transformation des Gesamtwillens in den Gemeinwillen (ebd.: 86). Dieser Gemeinwille kommt bei Rousseau zur Durchsetzung, indem direkte Demokratie realisiert wird und im Idealfall *alle* Bürger zusammenkommen, um Entscheidungen zu fällen. Rousseau selbst räumt ein, dass dies eine, wie er es nennt, „reine“ Demokratie wäre, die

20 Dies umfasste zu Lebzeiten von Aristoteles nur die Männer. Sklaven, Frauen, in der Polis lebende Fremde ohne Bürgerrecht und junge Männer, die noch nicht volljährig waren, hatten keine eigene politische Stimme. Das ist aus heutiger Sicht zwar zu kritisieren, kann aber nicht in bloßer unhistorischer Kritik weggewischt werden, denn schließlich bestand der Vorbehalt gegen Frauen lange weiter (Saage 2005: 51). Noch heute stehen außerdem *junge* Menschen oft einem demokratischen Altersvorbehalt gegenüber. Die Rückkehr der modernen Sklaverei wäre noch ein ganz anderes, aber ebenfalls noch nicht geschichtlich überholtes Thema.

aber nur schwer zustande komme. Daher erteilt er der Umsetzung einer solchen Demokratie in einem größeren Rahmen eine Absage und begründet dies damit, dass es zum Gelingen Folgendes bräuchte:

„Erstens einen sehr kleinen Staat, in dem das Volk leicht zu versammeln ist und jeder Bürger genügende Gelegenheit hat, alle anderen kennenzulernen; zweitens eine große Einfachheit der Sitten, die keine Veranlassung zu vielen schwierigen Arbeiten und Verhandlungen gibt, sodann fast vollkommene Gleichheit in Bezug auf Stand und Vermögen, ohne die auch die Gleichheit der Rechte und der Macht keinen langen Bestand haben könnte [...]“ (Rousseau 2011: 113 f.)

Reine Demokratie wäre nach Rousseau nur in kleinen, in ihren Weltanschauungen und Meinungen homogenen Gruppen und Assoziationen zu verwirklichen, jedoch nicht in Staaten der Größenordnung, wie es sie zu seinen eigenen Lebzeiten gab. Trotzdem habe laut Schmidt Rousseau mit seinem Grundsatz, dass „[d]ie Souveränität [...] [Anm. Verf.: des Staatsvolkes] unteilbar und unveräußerlich“ (Schmidt, M. G. 2008: 96) sei, einen wichtigen Beitrag für moderne Theorien der Direktdemokratien geliefert.

Dabei „scheint es ein Gemeinplatz der Demokratietheorie nach Rousseau zu sein, als Existenzbedingung für die Demokratie die Suche nach dem (häufig zudem als vernünftig verstandenen) Gemeinwohl oder die Umsetzung desselben anzunehmen“ (Niederberger 2006: 267). Das Gemeinwohl werde häufig mit Konsens oder Konsensorientierung in eins gesetzt (ebd.). Damit sei aber immer auch die Gefahr verbunden, „dass der vermeintliche Konsens tatsächlich keiner ist, da er sich nur in selektivem Einschluss oder signifikantem Ausschluss Aufrecht [sic] erhalten kann“ (Niederberger 2006: 277). Kurz gesagt, läuft ein nur auf Konsens orientiertes Gemeinwesen Gefahr, sich zu homogenisieren und die Möglichkeit eines Dissenses nicht mit entsprechenden rechtlich abgesicherten Verfahren zu versehen. Dies ist auch ein wesentlicher Kritikpunkt von Habermas an der republikanischen Theorie und mit ein Grund, weshalb er die deliberative Theorie vorlegt.

2.1.2 Deliberative Demokratietheorie

Die deliberative Theorie wurde vor allem von Habermas (weiter)entwickelt²¹ und ist mit seiner Gesellschaftstheorie des „Kommunikativen Handelns“ verknüpft. Als Basis formuliert Habermas

21 Der Begriff geht auf Joseph M. Bessette zurück. Neben Habermas wurde diese Demokratietheorie außerdem maßgeblich von John Rawls mitgeprägt.

„[...] drei Themenkomplexe[], die miteinander verschränkt sind: [...] einen Begriff der kommunikativen Rationalität[...]; [...] ein zweistufiges Konzept der Gesellschaft, welches die Paradigmen Lebenswelt und System auf eine nicht nur rhetorische Weise verknüpft; und [...] eine Theorie der Moderne, die den Typus der heute immer sichtbarer hervortretenden Sozialpathologien mit der Annahme erklärt, daß die kommunikativ strukturierten Lebensbereiche den Imperativen verselbständigter, formal organisierter Handlungssysteme unterworfen werden. Die Theorie des kommunikativen Handelns soll also eine Konzeptualisierung des gesellschaftlichen Lebenszusammenhangs, die auf die Paradoxien der Moderne zugeschnitten ist, ermöglichen.“ (Habermas 1988a: 8)

Die modernen Gesellschaften reproduzieren sich – wie alle Gesellschaften davor – durch das kommunikative Handeln ihrer Mitglieder. Kommunikation ist der grundlegende Mechanismus der Handlungskoordination der Menschen. Die Lebenswelt wird von Habermas „als der Horizont, in dem sich die kommunikativ Handelnden ‚immer schon bewegen‘“, bzw. als „Hintergrund kommunikativen Handelns“ aufgefasst“ (Neves 2015: 374). Demgegenüber lässt sich das System „als Zusammenhang der zweckrationalen Handlungen definieren, die durch Geld und Macht als entsprachlichte Medien vermittelt werden“ (ebd.: 376). In den Teilsystemen (Wirtschaft, Politik usw.) des zweckrationalen Handelns können Geld und Macht die Sprache ersetzen, indem sie die abgekoppelten Verständigungsprozesse koordinieren (Habermas 1988a: 458). Somit wird das soziale Handeln „von einer über Wertekonsens laufenden Integration [...] auf medien-gesteuerte Zweckrationalität um[gestellt]“ (ebd.). Für Habermas ist „Sprache das genuine und nicht ersetzbare Medium der Verständigung“ (ebd.). Durch sie wird *soziale* Interaktion erst möglich (ebd.: 148). Somit liegt in der Sprache eine kommunikative Rationalität, die die Grundlage des sozialen Handelns bildet. Hierin sieht Habermas eine „kommunikative Vernunft[, die] nicht einfach den Bestand eines Subjekts oder eines Systems vor[sieht], sondern [...] [teilhat] an der Strukturierung dessen, was erhalten werden soll“ (ebd.: 533). Daraus ergeben sich für ihn vier Grundlagen bzw. Geltungsansprüche für Argumentationen im Sprechakt. Diese setzen sich aus der „Wohlgeformtheit bzw. Verständlichkeit des sprachlichen Ausdrucks als einer Kommunikationsvoraussetzung einerseits [...] [und] den Ansprüchen auf Wahrhaftigkeit, propositionale Wahrheit und normative Richtigkeit andererseits“ (Habermas 1988a: 416) zusammen. So ergibt sich für Habermas der *ideale Diskurs*. Dieser findet sich auch in der von ihm vorgeschlagenen Theorie der deliberativen, also beratenschlagenden bzw. abwägenden Demokratie wieder.

Für die Konzeption seiner Demokratietheorie nimmt Habermas, wie angedeutet, Anleihen beim liberalen und republikanischen Paradigma der Demokratie (Habermas 1992: 12 ff.). Dies erfolgt im Modus einer *kritischen* Würdigung, denn laut Habermas gilt zu beachten:

„Die republikanische und die liberale Theorietradition verzerren freilich schon diese Idee [Anm. Verf.: der rekonstruktiven Aufgabe der modernen Demokratietheorie] selbst, indem sie einseitig entweder der Volkssouveränität oder der Herrschaft der Gesetze Vorrang einräumen.“ (Habermas 2021: 475)

Aus diesen für ihn – sollten sie jeweils allein stehen – durchaus kritikwürdigen Paradigmen entwickelt er seine Demokratietheorie. Vom republikanischen Paradigma übernimmt Habermas die Vorzüge der selbstorganisierten Gesellschaft mit ihren Kollektivzielen (Habermas 1992: 18) und aus dem liberalen Paradigma entlehnt er die „Grundrechte und [den] Rechtsstaat als unverzichtbare Voraussetzung des demokratischen Verfahrens“ (Saage 2005: 288). Habermas entwickelt damit ein Modell der deliberativen Demokratie, das auf einem „Netzwerk von Diskursen und Verhandlungen [basiert und] das die rationale Lösung pragmatischer, moralischer und ethischer Fragen ermöglichen soll“ (Habermas 1994: 388 f.). Sein Modell zielt auf eine Veränderung der Wirklichkeit moderner Gesellschaften hin zu „einer kollektiven Selbstbestimmung, die den egalitären Universalismus der Gleichberechtigung aller mit dem Individualismus eines jeden Einzelnen zusammenführt“ (Habermas 2021: 475). Basis der Gesellschaft ist dabei kein Vertrag, sondern ein Diskurs- bzw. Beratungsmodus, der an die Stelle eines solchen Vertrages tritt (Habermas 1994: 663). Dabei ist für Habermas die Idee der Selbstbestimmung grundlegend, auf deren Fundament „die Bürger [...] sich jederzeit auch als Autoren des Rechts, dem sie als Adressaten unterworfen sind, verstehen können“ (ebd.). Dazu sei zu gewährleisten:

„Soweit das Aushandeln von Kompromissen nach Verfahren abläuft, die allen Interessenten gleiche Chancen der Teilnahme an den Verhandlungen sichern und während der Verhandlungen gleiche Chancen gegenseitiger Einflußnahme aufeinander einräumen, damit auch generell gleiche Chancen für die Durchsetzung aller berührten Interessen schaffen, besteht die begründete Vermutung, daß die erzielten Vereinbarungen fair sind.“ (ebd.: 205 f.)

Derartige Aushandlung verortet Habermas in der Öffentlichkeit²² (Habermas 1988b: 471). Er baut dabei in seiner Theorie insbesondere auf die Zivilgesellschaft, die er so umschreibt:

„Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten. Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert.“ (Habermas 1994: 443 f.)

Über sogenannte „Schleusen“ finden die Entscheidungen aus der Zivilgesellschaft dann ihren Weg in den „Kernbereich des politischen Systems [...] [, gebildet] aus den bekannten institutionellen Komplexen der Verwaltung (einschließlich der Regierung), des Gerichtswesens und der demokratischen Meinungs- und Willensbildung (mit parlamentarischen Körperschaften, politischen Wahlen, Parteienkonkurrenz usw.)“ (ebd.: 430).

Damit wird bereits die zentrale Stellung des Vereins in Habermas' Demokratietheorie deutlich. Dort *können* potenziell die Entscheidungen der Bürger*innen getroffen und an das politische System weitergereicht werden. H. Richter greift Habermas' Gedanken an dieser Stelle auf, verortet Vereine als demokratische Institutionen in der Lebenswelt und nimmt diese Verortung in Anbindung an die deliberative Demokratietheorie zum Ausgangspunkt seiner Theorie der Kommunalpädagogik (2001), in der er die Verknüpfung von Kommune, Verein und Jugendbildung vollzieht (ausführl. Kap. 2.2). Daran wird bereits deutlich, weshalb die vorliegende Arbeit die deliberative Demokratietheorie zentral stellt und sich des Habermas'schen Ansatzes sowie der pädagogischen Adaption von H. Richter als passender Instrumente bedient. Schließlich erfüllen diese Instrumente gleich mehrere Aufgaben: 1. Die deliberative Demokratietheorie nach Habermas nimmt die Vorzüge der liberalen und republikanischen Theorien auf und leitet daraus einen rekonstruktiven Vorschlag ab, der die Einbindung *aller* potenziell von Entscheidungen Betroffener als Urheber*innen und Adressat*innen in den Fokus

22 Allerdings gilt dabei laut Habermas: „Bei der in der Öffentlichkeit entfesselten Kakophonie der gegensätzlichen Meinungen wird allein eines vorausgesetzt – der alle übrigen Auseinandersetzungen legitimierende Konsens über die Grundsätze der gemeinsamen Verfassung. Vor diesem konsentierten Hintergrund besteht der gesamte demokratische Prozess aus einer Flut von Dissensen, die von der wahrheitsorientierten Suche der Bürger nach rational akzeptablen Entscheidungen immer von neuem aufgewühlt wird“ (Habermas 2021: 478). Damit macht Habermas deutlich, dass die Basis des Verfassungskonsenses nicht zu verwechseln sei mit dem so wieso nicht erreichbaren Konsens bei Entscheidungen, die auf der Basis dieser Verfassung getroffen werden. Damit reagiert er auf die oftmals an seine Theorie gerichtete Kritik, dass es ihm um Konsens bei der Entscheidungsfindung ginge.

rückt. 2. Habermas denkt in seiner Theorie die Zivilgesellschaft und insbesondere die Vereine mit und stellt ihre bedeutende Rolle in der Demokratie heraus, was zu 3. führt: der Möglichkeit, Demokratie auch jenseits der staatlichen Institutionen als Lebensform zu erfassen, und so 4. ermöglicht: die Operationalisierung des Demokratiebegriffs für pädagogische Institutionen unter Berücksichtigung der liberalen, republikanischen und deliberativen Demokratietheorie, wie E. Richter et al. (2016) und Ahlrichs (2019: 368 ff.) sie vorlegen (ausführl. Kap. 2.4).

Nun könnte man meinen, dass damit die Basisinstrumente vorhanden sind, um deliberative Demokratie im Verein greifbar zu machen. So einfach ist es jedoch nicht. Es ist Habermas selbst, der seinen Entwurf der deliberativen Demokratie stetig wachsenden Herausforderungen gegenübergestellt sieht, da das Prinzip der Öffentlichkeit vor dem Hintergrund der „Krisenanfälligkeit kapitalistischer Demokratien“ (Habermas 2021: 480) der Gefahr ausgesetzt ist, unterlaufen zu werden. Vor allem die westliche Nachkriegsentwicklung hin zur neoliberalen Wende habe mit ihrem Trend zur privatistischen Konsumgesellschaft zur Destabilisierung der Demokratie beigetragen und stehe allemal dem deliberativen Ansatz entgegen (ebd.: 483 f.). Wie bereits eingangs deutlich wurde, ist es genau dieses Spannungsfeld, in dem die COSCs zu verorten sind. Ohne den Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie zu betrachten, kann über diese Vereine nicht gesprochen werden. Daher soll ein genauerer Blick auf die Zusammenhänge von Demokratie, Kapitalismus und Kommerzialisierung geworfen werden, bevor nach den Potenzialen der Vereine als Orte von Demokratiebildung gefragt werden kann.

2.2 Zur Demokratiebildung und Krise des neoliberalen Kapitalismus

Das politische Klima in Europa und weltweit hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten spürbar verändert; es wird ein eher düsteres Bild der Zukunft gemalt. Immer wieder zeigen sich massive Herausforderungen für die Demokratie, verbunden mit der Vorhersage, die demokratischen Staatsformen würden untergehen. Zahlreiche Beiträge legen die aktuellen Probleme dar und führen verschiedene Begründungen an, bspw. den Einfluss finanzstarker Privatpersonen oder Konzerne auf die Politik (dazu die Beiträge in Ropic 2021) oder einen erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit im Zuge der Digitalisierung und der kommerziellen Verwertung der neuen Medien (Habermas 2021). Als eine zentrale Ursache der aktuellen Krisen der Demokratie lässt sich das System kapitalistischer Wirtschaft ausmachen, in dem die Produktion und der Handel auf Gewinn- und nicht auf Bedarfsorientierung basieren. Um ein solches System zu gewährleisten, ist permanentes Wachstum notwendig, um immer neue Märkte zu schaffen, die die-

se Gewinne über die Bedürfnisbefriedigung der Menschen hinaus absichern. Die neoliberale Wende (ebd.: 484) scheint dies zu verstärken und führt dazu, dass die Menschen in permanente Konkurrenz treten, um ihre Arbeitskraft als Ware auf den Märkten anzubieten (Negt/Morgenroth 2017). Daher soll das Verhältnis von Neoliberalismus und Demokratie genauer betrachtet werden (Kap. 2.2.1), bevor diese Entwicklungen mit der Theorie von Habermas in ein Verhältnis gesetzt werden (Kap. 2.2.2).

2.2.1 Kommunale Demokratiebildung als Antwort auf Kommerzialisierung?

Wie Habermas (2021: 483 f.) sehen Oskar Negt und Christine Morgenroth den Neoliberalismus als (eine) wesentliche Ursache für die Krise der Demokratie im Kapitalismus und identifizieren ihn als eine zentrale Herausforderung. Er gilt als Ausweitung des kapitalistischen Marktes in *alle* gesellschaftlichen Bereiche und als Umstrukturierungsprozess weg vom wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. Er schafft dabei eine (selbst)unternehmerische und konkurrenzorientierte Ausrichtung der Lebensverhältnisse aller Individuen (Negt/Morgenroth 2017: o. S.). Kurz gesagt: „Competition is celebrated as a behavioural norm, an organising principle and a virtue [...]. Competition within a neoliberal state becomes personalised and the search for the self becomes an ongoing betterment project“ (Gallacher 2019: 16).

Ingrid Lohmann liefert eine kompakte (und auf auch auf Pädagogik bezogene) Darstellung der neoliberalen Entwicklung. Als ersten Schritt sieht sie *Ökonomisierung* als den „Einbezug eines Gutes ins kapitalistische Wirtschaften, in Bewirtschaftung sui generis“ (Lohmann 2014: 5). Dies kann jedes beliebige (öffentliche) Gut betreffen, angefangen bei der Bildung (ebd.) bis hin zum Sport (Gallacher 2019). Lohmann vollzieht dabei einen Vier-Schritt nach, der mit der *Kommodifizierung* beginnt: der „Umwandlung eines Gutes in eine Ware, seine Aufbereitung für die Operationen des Kaufens und Verkaufens“ (Lohmann 2014: 5). Dem folgt die *Monetarisierung*: die Bestimmung des Marktwertes dieses Gutes, um es in den Warenverkehr einzuspeisen (ebd.). Daran schließt die *Kommerzialisierung* an, die Lohmann so definiert: „[...] die Aufbereitung des zur Ware transformierten, mit Preisen fürs Kaufen und Verkaufen versehenen Gutes für die Zirkulation durch *Handel* [H. i. O.], und dieser ermöglicht das Überschreiten der Grenzen der persönlichen Interaktion zwischen Käufern und Verkäufern“ (ebd.).

Dem folge die *Privatisierung* als „die tendenzielle Abschaffung des öffentlichen allgemeinen [...] [W]esens [Anm. Verf.: des Gutes]: seine Transformation [...] zu einer Angelegenheit der einzelnen Wirtschaftssubjekte, die als Käufer und Verkäufer [...] auftreten“ (ebd.). Vollziehe sich die neoliberale Entwicklung ungebrochen, dann gebe es Lohmann zufolge am Ende dieses Prozesses keine öffentlichen Güter

mehr, sondern nur noch einen Markt für die kommodifizierte Güter (ebd.: 133). Im allgemeinen Sprachgebrauch wird diese Abfolge von Vorgängen meist auf den Prozessbegriff (Winter 2015: 427) der *Kommerzialisierung* heruntergebrochen, der heute „die negativen Folgen der Ausbreitung der Logik von *Geschäftsleben* als einer Maximierung von *Gewinn* [H. i. O.] auf alle Lebensbereiche bezeichnet“ (Winter 2015: 427). Das betrifft, und hier sei auf den Gegenstand dieser Arbeit verwiesen, auch, wenn nicht sogar insbesondere, den Profisport und seine Vereine, denn sie werden mit der Kommerzialisierung zu Betrieben, die ihre Produkte anbieten (Schmidt-Lux 2017: 39 ff.).

Die stetige Kommerzialisierung im Zuge des neoliberalen Kapitalismus hat auch für die bestehenden demokratischen Staatsformen umfassende Folgen. Dies gehe laut Wöhl so weit, dass in den heutigen

„[...] liberale[n] Demokratie[n] trotz ihrer Übereinstimmung mit marktbezogenen Eigentumsrechten und einem politischen Individualismus [...] durch Vermarktlichungsprinzipien und durch marktbezogene Werte und ökonomieorientierte politische Rationalitäten die Sphären der Öffentlichkeit und der Privatheit von einer marktradikalen neoliberalen politischen Rationalität geprägt [sind], die nach dem ökonomischen Nutzen demokratischer Errungenschaften fragt“ (Wöhl 2015: 43).

Die liberale Demokratie des Westens habe sogar dazu beigetragen, dass die Rechte des*der Einzelnen in einer „Kosten-Nutzen[-]Rationalität“ den „formalen Institutionen der Demokratie“, aber auch den „demokratische[n] Werte[n] und Errungenschaften“ (ebd.) gegenübergestellt würden. So würden die demokratischen Rechte der Bürger*innen nach und nach durch auf den Markt gerichtete Rechte von Konsument*innen ersetzt (ebd.: 46). Dies lasse darauf schließen, dass „Demokratie in den westlichen Gesellschaften im Schwinden begriffen“ sei, ja man könne schon länger „eine Krise oder gar das Ende der Demokratie [...] diagnostizieren“ (Ritz 2003: 5). Einen Grund dafür sieht Ritz darin, dass die Bevölkerung nicht über genügend Einblick in die politischen Entscheidungsprozesse verfüge. Entscheidungen würden immer mehr entstaatlicht und von Lobbyist*innen und Wirtschaftseinrichtungen wie Stiftungen oder Beratungsgremien besetzt (ebd.: 5 f.). Die demokratische Staatstruktur verkomme dabei zu einer Moderationsinstanz zwischen der Wirtschaft und der Bevölkerung. Das Demokratieverprechen sei nicht eingelöst (ebd.: 5). Allerdings gerate dieser Vorrang des Marktprinzips mit dem Aufkommen von Finanz- und Wirtschaftskrisen ins Wanken und der Staat müsse regulierend eingreifen, um die Märkte zu retten (Wöhl 2015: 41). Das hat laut Zelik und Altvater nochmals weitreichende Folgen für die Demokratie, denn es werde fortschreitend „die Herrschaft des demos in einer Demokratie [...] durch die Herrschaft der globalen Finanzen ausgetauscht“ (Zelik/Altvater 2009: 167). Die Autoren führen als Beispiel die internationale Finanzkrise 2008 an, in der langwierige demokratische Entscheidungen auf

Eilverfahren verkürzt worden seien und der Großteil der Bevölkerung wenig Einblick in diese, geschweige denn Einfluss darauf gehabt habe²³ (ebd.: 7). Könne jedoch die demokratische Staatstruktur die wiederkehrenden Krisen nicht mehr angemessen moderieren, kippe das Meinungsklima. Dann komme es zu Polarisierungen, die zu Entsolidarisierung, Ethnisierung und zu fortschreitender Entdemokratisierung führten (Demirović 2018: 34 ff.). Für die bisher etablierten politischen Parteien ergebe sich eine Krise der Repräsentation, denn schließlich stünden bis dahin die Konsumenten- vor den Bürgerrechten und auch die Bewältigung der Krise sei den Bürger*innen nicht unmittelbar zugänglich, da sie ebenfalls in den Händen der politischen und wirtschaftlichen Eliten liege. Demirović fasst die Folgen der daraus entstehenden Situation zusammen:

„Autoritär-populistischen Parteien gelingt es vermehrt, die kritische Stimmung gegen [...] ‚die da oben‘, die ‚machen, was sie wollen‘ zu mobilisieren und zu organisieren. Mit Rassismus und Nationalismus beeinflussen sie die politische Agenda [...] und verstärken eine Tendenz der Polarisierung [...] in der Bevölkerung.“ (ebd.: 28)

Auch Negt und Morgenroth verknüpfen die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus mit dem Erstarken des (Rechts-)Populismus (Negt/Morgenroth 2017). Unter Populismus versteht Müller „eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut derer einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen – wobei diese Art von Eliten eigentlich gar nicht wirklich zum Volk gehört“ (Müller 2016: 187). Das schlägt sich in einer Idealisierung des Vergangenen als vereinfachte Antwort auf die Komplexität der globalisierten und durchkapitalisierten Welt nieder. Somit kann der erstarkende Populismus auch als Gegenströmung zu dem sich immer weiter ausweitenden Markt angesehen werden. Jedoch ist die populistische Antwort nicht Demokratie, sondern Autorität (Habermas 2021: 497). Pointiert lässt sich ableiten, dass die Überforderung der Menschen mit dem neoliberalen Kapitalismus antidemokratischen Populismus und autoritäre rechte Politik begünstigt. Letztlich wird damit die bereits durch den Neoliberalismus geschwächte Demokratie weiter untergraben, da die Lösung der Probleme in autoritären Führungen gesehen wird.

Um diesen Entwicklungen in der Gesellschaft begegnen zu können, brauche es laut Negt und Morgenroth Bildung, denn „Demokratie [ist] die einzige staatliche Gesellschaftsordnung [...], die gelernt werden muss“ (Negt/Morgenroth 2017). Allerdings muss, so H. Richter,

„‚rechte‘ nationalistische Fremdenfeindlichkeit auch als Sehnsucht [begriffen werden], die es zu übersetzen gilt, um mit ihren Anhängern im Gespräch bleiben zu können. Denn in dieser Sehnsucht kommt nicht nur ein nostalgisches Träumen von ei-

23 Hier lässt sich eine Parallele zur politischen Bearbeitung der Coronapandemie ziehen, die aber aus platzökonomischen Gründen nicht weiterverfolgt wird.